

Religiöse Symbole sollen künftig erlaubt sein

Neuendorf Der Gemeinderat beschäftigt sich mit dem von der Tiefbaukommission überarbeiteten Friedhofreglement

VON ERWIN VON ARB (TEXT UND BILD)

Der Gemeinderat befasste sich an seiner ersten Sitzung nach den Sportferien mit dem von der Tiefbaukommission überarbeiteten Bestattungs- und Friedhofreglement. Eine Anpassung war nötig geworden, weil die Gemeindeversammlung den ersten Entwurf am 6. November 2012 mittels Nichteintreten bachab geschickt hatte. Mehrere Votanten hatten klar zum Ausdruck gebracht, dass der Einheitsfriedhof in seiner aktuellen Form mit kreuzförmigen Grabsteinen beibehalten werden soll.

«Es ist denkbar, dass auch Leute, die keiner Religion angehören, auf dem neuen Grabfeld bestattet werden möchten».

Eine Stimme aus dem Gemeinderat

Das damals vorgelegte Reglement sah vor, dass neu für Verstorbene, die kein Kreuz möchten, auch sogenannte Stelen aufgestellt werden dürfen. Dies nach dem Vorbild einer bereits auf dem Einheitsfriedhof bestatteten Frau mit muslimischen Wurzeln. Davon wollte die Gemeindeversammlung allerdings nichts wissen und votierte in einer Konsultativabstimmung für die Schaffung eines neuen Grabfeldes.

Grabsäulen anstelle von Stelen

Ein solches Grabfeld soll gemäss dem inzwischen von der Tiefbaukommission überarbeiteten Bestattungs- und Friedhofreglement östlich der be-



Auf dem rechts neben den Urnengräbern liegenden Grünstreifen soll ein neues Grabfeld entstehen, welches allen Verstorbenen, unabhängig von ihrer Religion, zugänglich gemacht werden soll.

stehenden Urnengräber entstehen. Der Gemeinderat einigte sich bei der Beratung darauf, dass auf dem neuen Grabfeld anstelle der anfänglich dort vorgesehenen Stelen rechteckige Grabsteinplatten, im Reglement Grabsäulen genannt, aufgestellt werden. Somit soll es allen Verstorbenen, unabhängig ihrer Religion, möglich sein, frei zu wählen, auf welchem Grabfeld sie bestattet werden möchten, wurde im Rat bemerkt.

Emotionale Diskussionen

Zu reden gab in Gemeinderat die vorgesehene Anbringung von anderen religiösen Symbolen neben bisher einzig erlaubten Kreuz. Zuerst wurde in Erwägung gezogen, diese im Reglement aufgeführte Möglichkeit gänzlich zu streichen. Nach einer emotional und engagiert geführten Diskussion einigte sich der Gemeinderat, auf das Verbot religiöser Symbole zu verzichten. Solche sollen künftig erlaubt sein bei den Ur-

nengräbern, Pultgrabsteinplatten, Schriftplatten und auf den Grabsäulen. Um einem allfälligen Wildwuchs vorzubeugen, wurde beschlossen, im Reglement keine Symbole namentlich zu erwähnen und an deren Stelle den Begriff «Weltreligionen» zu setzen.

Als weitere Auflage für religiöse Symbole auf den erwähnten Grabsteinformen beschloss der Rat, dass diese nicht in Form von Schildern oder hervorstehenden Schriften an-

gebracht werden dürfen, sondern eingraviert sein müssen.

Unangetastet bleibt das Grabfeld auf dem Einheitsfriedhof, wo weiterhin nur kreuzförmige Grabsteine erlaubt sind.

Drei Eingaben zum Reglement

Gemeindepräsident Rolf Kissling äusserte sich abschliessend zufrieden über die vom Rat beschlossenen Änderungen und Präzisierungen, zumal diese auch im Einklang mit der Eingabe der IG für die Erhaltung des Einheitsfriedhofs stünden. Die IG hatte sich im Rahmen der Vernehmlassung des Reglements auf der Homepage der Gemeinde neben zwei weiteren Personen zu Wort gemeldet. Das neue Reglement wurde von niemandem grundsätzlich infrage gestellt, sondern lediglich Anmerkungen gemacht. Eine Person wollte die nun nicht mehr im Reglement vorkommenden Stelen auf dem Grabfeld mit den kreuzförmigen Grabsteinen erlauben, was aber nicht dem Willen der Gemeindeversammlung entsprochen hätte, wie dazu erwähnt wurde.

Zur Vorprüfung an den Kanton

Der Gemeinderat verabschiedete nach der mehr als eine Stunde dauernden Beratung das Bestattungs- und Friedhofreglement zuhanden der Tiefbaukommission, welche nun die nötigen Anpassungen vornehmen wird.

Der Rat wird bei Vorliegen der definitiven Fassung noch einmal über das Reglement befinden. Der Gemeindeversammlung wird es nach der Vorprüfung durch den Kanton zur Annahme vorgelegt. Der nächstmögliche Termin dafür wäre die Rechnungsgemeindeversammlung vom 2. Juli.

Umzug Kindergarten bleibt umstritten

Welschenrohr Nicht alle Eltern wollen, dass der Kindergarten ins Schulhaus zügelt. Der Gemeinderat spürte derweil den Puls der Lehrerschaft.

Wo drückt den Welschenrohrer Lehrern der Schuh? Um das herauszufinden, hat der Gemeinderat das komplette Lehrerteam – Kindergärtnerin, Abwartehepaar und Vertreter des Gemeinderats Gänsbrunn inklusive – in seine Sitzung eingeladen. Informationsbedarf gab es reichlich, wie Gemeindepräsident Stefan Schneider bereits zu Beginn ahnte; die Sitzung dauerte schliesslich drei Stunden. Zu reden gab etwa der vom Gemeinderat beschlossene Umzug des Kindergartens ins Neue Schulhaus. Dagegen haben einige Eltern per Brief protestiert. Sie befürchten, dass ihre Kinder beim Überqueren der Thalstrasse nicht sicher sind. Tatsächlich müssen bisher etwa 10 Prozent der Kindergärtner die Strasse überqueren, um den Kindergarten im Oberdorf zu besuchen. Wäre der Kindergarten im Schulhaus, müssten etwa 90 Prozent der Kinder die Strasse passieren. «Das sollten wir nicht vergessen», mahnte Gemeinderat Beat Allemann.

Gibt es bald einen Lotsendienst?

Schulleiterin Katharina von Burg erinnerte daran, dass Kindern der richtige Umgang mit den Gefahren des Verkehrs beigebracht werden kann. «Für gibt es neben der Kindergärtnerin auch den Verkehrspolizisten, der die Schule besucht.» Allerdings will sie die Möglichkeit eines Lotsendienstes prüfen. Dafür kämen etwa Pensionierte infrage. Der Vorteil des Kindergartenumzugs liege gemäss von Burg auf der Hand: «Der Kindergarten gehört zur Volksschule.

Wir wollen die stufenübergreifende Zusammenarbeit weiter ausbauen.»

Für Missverständnisse sorgten die geplanten Baumassnahmen im Neuen Schulhaus, die im Zuge des Kindergartenumzugs notwendig werden. Anders als vom Gemeinderat angenommen, waren die Lehrer über diese noch nicht informiert worden. Deshalb wollen sich die verantwortlichen Gemeinderäte nochmals mit der Lehrerschaft zusammensetzen und deren Bedürfnisse prüfen.

Abfallproblem bekämpfen

Eine andere Baustelle ist das, so Schulleiterin von Burg, «immer schlimmer werdende Abfallproblem» auf dem Schulgelände. «Und das, obwohl es hier eigentlich mehr als genügend Entsorgungsmöglichkeiten gibt.» Auf guten Anklang gestossen sind offenbar die von den Klassen regelmässig durchgeführten «Fötzeliaktionen». «Deren erzieherischer Effekt ist sehr gross», erklärte eine Lehrerin. Allerdings war sich auch der Gemeinderat einig: Für das Littering sind nicht nur die Schüler verantwortlich. Der Gemeindepräsident will auch die Sportvereine, die auf dem Schulgelände trainieren, in die Pflicht nehmen und sie bitten, bei der Bekämpfung des Abfallproblems mitzuhelfen.

Um den Austausch mit der Lehrerschaft zu verstärken, will der Gemeinderat die Schulleiterin künftig wieder öfters in seine Sitzungen einladen. «Schliesslich sind wir die verantwortliche Behörde, seit die Schulkommission abgeschafft wurde», sagte Beat Allemann. Zum Schluss stärkte Stefan Schneider der Lehrerschaft den Rücken. «Bei Fragen oder Problemen sind wir immer für euch da», meinte der Gemeindepräsident fast verschwörerisch. (SVA)

Das Doppelte investiert

Egerkingen Im Jahr 2013 verkaufte die Sogas AG 144,8 Mio. kWh Erdgas. Dies entspricht einer Umsatzsteigerung von 9 Prozent. Die Anzahl Gaskunden stieg von 598 auf 618.

VON IRMFRIEDE MEIER (TEXT UND FOTO)

An der 27. Generalversammlung der Sogas AG, Oensingen, referierte Verwaltungsratspräsident Rolf Büttiker zur Bedeutung von Erdgas der Schweiz: Erdgas deckt 12% der Energieversorgung ab (Strom 24%). Die Erdgasbranche erzielt einen jährlichen Umsatz von 2,4 Mrd. Franken und beschäftigt 1600 Mitarbeiter. Die Schweiz fördere kein eigenes Erdgas. Das bedeute, die Energieeffizienz zu verstärken und erneuerbare Energien auszubauen. Weitere Themen des Referates waren die Gasmartöffnung in der Schweiz, die Risiken der Auslandsabhängigkeit der Schweiz bei der Erdgasbeschaffung, Schiefergas bzw. Fracking. «Was bedeutet dies für die Sogas?», fragte Büttiker. «Gas ist und bleibt ein wichtiger Energieträger. Auch der Gasmart wird liberalisiert. Wer die Gasnetze besitzt, sitzt strategisch immer am längeren Hebel.» Aber auch: «Neue

Technologien nicht verbieten, sondern als Chance nutzen.»

Laut Geschäftsbericht 2013 betreibt die Sogas ein Leitungsnetz von 60 km. Dieses Netz bilde das Rückgrad der Sogas. Dem gelte weiterhin Sorge zu tragen. Denn: «Wer die Gasnetze besitzt, sitzt strategisch immer am längeren Hebel», betonte Büttiker. Im Berichtsjahr 2013 seien 950 700 Franken in den Leitungsbau investiert worden. Das entspreche etwa dem Doppelten gegenüber dem Vorjahr. Zudem seien 347 234 Franken in die Contracting Projekte Alters- und Pflegeheim GAG, Neubau Werkhof und Schulhaus Kleinfeld investiert worden. Sogas weist per 31.12.2013 einen Bilanzgewinn von 3,198 Mio. Franken aus.

Die Verwaltungsräte Jürg Lüscher, Biberist, Gründungsmitglied, von 1987 bis 2014 (2002 bis 2010 Präsident) und Kurt Rütli, Egerkingen, von 1993 bis 2014, haben demissioniert. Für die Amtsperiode 2014 bis 2017 wurde Rolf Büttiker als Präsident wiedergewählt, dem Verwaltungsrat gehören somit an: Johanna Bartholdi (Egerkingen, neu), Ernst Zingg, Markus Flury, Kurt Zimmerli, Paul von Däniken, Reinhold Dörfli, Rolf Büttiker, Andreas Iseli, Roland Studer; Hans Stuber, Willy Hafner; Robert Sutter.



Verwaltungsrat (v.l.): Rolf Büttiker (Präsident), neu hinzugekommen ist Johanna Bartholdi, verabschiedet wurden Jürg Lüscher und Kurt Rütli.



Das Schulhaus Brunnersberg. ZVG

Brunnersberg: Entscheid für eine Gnadenfrist vertagt

Mümliswil Am Gemeinderat von Mümliswil-Ramiswil wäre es gestern Abend gewesen, über folgende Vereinbarung zu entscheiden: «Die Vertragsgemeinden Aedermannsdorf, Laupersdorf, Matzendorf und Mümliswil-Ramiswil führen die Bergschule Brunnersberg drei Jahre befristet weiter.» Zentraler Punkt dabei: Den Gemeinden sollen keine Kosten entstehen. Die Familien würden sich innerlich nützlicher Frist um die Finanzierung kümmern. Diesen Antrag hatten die vier Gemeindepräsidenten von den Bergfamilien bzw. Beat Büttler entgegenommen und zugesichert, ihn den Gemeinderäten zu unterbreiten.

Weitere Variante im Spiel

Doch die Guldentaler Gemeinderatsmitglieder beschlossen mit grossen Mehr, den Entscheid auf die nächste Sitzung zu vertagen. Der Grund: Sie hatten relativ kurzfristig eine weitere Variante für eine zweijährige Frist vorgelegt bekommen, basierend auf einem Rechnungsmodell, das nicht ganz einfach nachzuvollziehen ist. (WAK)